

Dienstag, den 21. April.



N. 93.]

Erscheint täglich Morgens mit Ausnahme des Montags. — Prämierungs-Preis für Einheimische 25 Sgr. Auswärtige zahlen bei den Königl. Post-Anstalten 1 Thlr. — Interate werden täglich bis 4 Uhr Nachmittags angenommen und kostet die dreispaltige Zeile gewöhnlicher Schrift oder deren Raum 1 Sgr. 6 Pf.

[1868.]

Telegraphische Depeschen der Thorner Zeitung.

Angekommen 12^{1/2} Uhr Mittags.

Verona, 20. April. Der Kronprinz von Preußen ist gestern um 9 Uhr Abends hier eingetroffen. Der Empfang war ungemein glänzend, die Bevölkerung zeigte großen Enthusiasmus, die Stadt war illuminiert.

Telegraphische Nachrichten.

Oldenburg, 19. April. Der wirtschaftliche Verein für Nordwestdeutschland hat sich einstimmig für eine Reform des Tarifs im freihändlerischen Sinne, ferner gegen Einführung des Petroleumzolls und für eine erhöhte Besteuerung des Tabaks, jedoch unter Verminderung des Schutzes für inländischen Tabaksbau, sowie für eine Reform der Zuckerbesteuerung ausgesprochen.

München, 19. April. Der Kronprinz von Preußen hat gestern Abend 11 Uhr die Reise nach Italien fortgesetzt und eine Station hinter Innsbruck die Eisenbahn verlassen, die durch Felsensturz beschädigte Stelle zu Fuß überstritten.

Paris, 19. April. Der Kaiser wird morgen den ersten Sekretär der franz. Botschaft in Berlin, Hrn. Lefèvre de Béhaine in besonderer Audienz empfangen. — Die angeblich für heute beabsichtigte Reise des Kaisers nach Nizza hat nicht stattgefunden.

Prinz Napoleon hat sich heute in Marseille nach Genua eingeschiff. Die Königin von Portugal will, von Turin aus einen Besuch in Deutschland machen, und sich dann zu etwa achtätigem Aufenthalte nach Paris begeben.

„Patrie“ beschäftigt sich abermals mit der Rüstungs- und Entwaffnungsfrage. Frankreich habe seine politische und militärische Überlegenheit zu bewahren, darum könnte es nicht mit dem Beispiel der Entwaffnung vorangehen. Auch der dänische Kriegsminister habe nach Kopenhagen die friedlichsten Eindrücke mit sich genommen.

Norddeutscher Reichstag.

Berlin, 18. April. Der Reichstag genehmigte heute durch Schlussabstimmung den Gesetzentwurf betr. die Aufhebung der polizeilichen Beschränkungen der Geschäftszzeitung. Alsdann referierte Abg. v. Bernuth über den Antrag Wagner-Planck auf Vorlegung von Entwürfen eines gemeinsamen Strafrechts und Strafprozesses und beantragte übereinstimmend mit dem Korreferenten Becker (Oldenburg) an den Bundeskanzler eine Aufforderung im Sinne des Wagner-Planckschen Antrages zu richten. Präsident Delbrück erklärte sich kurz und bündig mit dem Antrage einverstanden und sagte baldige Abhülfe zu. Abg. Graf Bassowitz warnte vor der allzuschnellen Gesetzesfabrikation, in welche Bundesrat und Reichstag, ihren Wetteifer wechselseitig steigernd, hineingerieten. Abg. Meyer (Thorn) monierte, daß in der Kommission des Bundesrathes für eine gemeinsame Civilprozeß-

ordnung kein Rechtsanwalt säße und warnte vor der Wiederholung dieses Fehlers. Die Abg. v. Hennig und Harnier äußerten sich über die geschäftliche Behandlung der zu erwartenden Entwürfe eines gemeinsamen Civil- und Strafrechts, die nicht in der gewöhnlichen Weise durch Kommissionen während der Dauer einer kurz bemessenen Reichstagsession, sondern auch außerhalb derselben vorberathen werden müßten. Nach einem längeren Vortrage des Antragstellers Wagner wurde die Aufforderung an den Bundeskanzler u. s. w. fast einstimmig genehmigt. In sehr eingehender Weise empfahl Alsdann die Referenten Abg. Lesse und Dr. Schleiden den Aegidischen Antrag, den Bundeskanzler aufzufordern, Verhandlungen über die Freiheit des Privateigenthums zur See in Kriegszeiten mit den beteiligten Staaten einzuleiten.

Bei der Beratung dieses Antrages erklärt der Präsident des Bundeskanzleramtes Delbrück: er empfiehlt die Erwagung der abweichenden Meinungen der beteiligten Seemächte. Diese Frage könne nicht durch einen Kongress, sondern durch Separatverträge völkerrechtsmäßig gelöst werden. Preußen werde im Sinne des Antrages vorgehen. Darauf wird der Antrag fast einstimmig angenommen. Der Antrag Waldeck, betreffend die Gewährung von Dürten für die Reichstagsmitglieder wird bei der Schlussberatung mit 104 gegen 100 Stimmen wiederum abgelehnt. Der Antrag Lusler dagegen, betreffend die Redefreiheit mit großer Majorität angenommen.

Am Mittwoch, 22. April, steht das Bundeschuldengebot auf der Tagesordnung; der Kampf um daß Miquelsche Amendment, welches unzweifelhaft wieder eingebracht werden wird, verspricht sehr heftig zu werden.

Zollverein.

Berlin. Der im Zollbundesrat mit dem Referat über die Tabaksteuer beauftragte bayerische Bevollmächtigte Staatsrat v. Weber hat den Collegen von dem betreffenden Ausschusse durch ein Cirkular bereits Kenntnis von den Tendenzen seines Referats gegeben. Nach demselben beabsichtigt er die mit 12 Thlr. vorgeschlagene Besteuerung des Morgen Tabakbaues auf 6 Thlr. herabzusetzen, die Steuer auf ausländischen Tabak dagegen nach dem Antrage der Vorlage zu bemessen.

Das Vorsteher-Amt der Kaufmannschaft zu Stettin hat an den Zollbundesrat und das Zollparlament einen Antrag zu richten beschlossen, in welchem auf weitere Reduktion der Zollsätze für Zucker und Eisen gedrungen und gegen die Besteuerung von Petroleum, so wie gegen eine irrationelle Besteuerung von Tabak energisch protestiert werden soll.

Die „Gazeta Torunská“ erklärt, die Wahrung der materiellen Interessen der polnischen Bevölkerung zwinge die polnische Partei zur Theilnahme an den Berathungen des Zollparlaments.

Der Bericht der Kommission des Zollbundesraths über die Abänderung der ersten Abtheilung des Vereinstarifs, soll, nach der „Böss. Ztg.“ überall zu stimmen lautet; eben so bei den Vorschlägen über die Besteuerung des Petroleum und die Ermäßigung der Eisenzölle. Das genannte Blatt meldet weiter:

„Die süddeutschen Staaten haben die Absicht kundgetragen, die dem Bundesrat vorgelegte neue Maß- und Gewichtsordnung auch in ihren resp. Staaten einzuführen, und sie wollen deshalb, sobald das Gesetz vom Bundesrat und vom Reichstage angenommen sein wird, die entsprechenden legislatorischen Vorarbeiten in die Hand nehmen. Mit der Absicht, eine deutsche Gemeinsamkeit auf dem betreffenden Gebiete herzustellen, ist gleichzeitig auch die Absicht verbunden, in Betreff der Einführung der wichtigen Neuerung mit dem norddeutschen Bunde den gleichen Termin zu wählen. Wie bereits früher mitgetheilt, soll das Gesetz für den norddeutschen Bunde mit dem 1. Januar 1872 in Kraft treten.“

Der Ausschuss des Zollbundesrathes für Rechnungsweisen trat heute Mittag zu einer Sitzung zusammen. — Der Ausschuss des norddeutschen Bundesrates für Handel und Verkehr versammelte sich heute Mittag zur Fortsetzung der Enquête über das Hypothekenbankwesen.

Nordschleswigsche Frage.

Berlin. Auch in hiesigen diplomatischen Kreisen wird versichert, daß die von Baron Beust in Sachen Nordschleswigs an den Grafen Bismarck gerichtete Depesche vor Mittheilung an die preußische Regierung zurückgezogen worden. Man nimmt an, daß Preußen nach Abbruch der vertraulichen Verhandlungen mit Dänemark die offizielle Auferkennung des Kopenhagener Cabinets über die hierorts in Aussicht genommene Abtretung und die Garantiefrage veranlassen wolle.

Wien, 18. April. Die „Wiener Abendpost“ ertheilt jetzt in Uebereinstimmung mit den offiziösen Neuvergängen dänischer Zeitungen den anderweitigen Zeitungsmittheilungen, welche von einem Abbruch der Verhandlungen zwischen Preußen u. Dänemark gesprochen hatten, ein Dementi, und widerspricht damit gleichzeitig den Gerüchten, welche das Wiener Cabinet mit dieser Frage komplizirt.

Politische Übersicht.

Norddeutscher Bund.

Berlin, 17. April. In Abgeordnetenkreisen wird die Ernennung des Präsidenten Dr. Simson zum Chef des Königsberger Tribunals bezweifelt; die Ernennung des Grafen Lippe für diese Stelle ist wahrscheinlicher. — Die „D. B. Z.“ schreibt: Das vom statistischen Bureau jetzt mitgetheilte Hauptergebnis der Volkszählung vom 3. December 1867 im „Norddeutschen Bunde“ hat im Kriegsministerium unangenehm überrascht. Bekanntlich ist diese Zählung nach Art. 60 und 62 der Bundesverfassung maßgebend für die Friedenspräsenzstärke des Heeres und das zur Bestreitung des Aufwandes dafür ausgesetzte Pauschquantum. Die Zählung von 1864 ergab für das gegenwärtige Bundesgebiet eine Bevölkerung von 29,300,000 Einwohner. Man glaubte annehmen zu können, daß sich die Bevölkerung seitdem um 1% jährlich, d. i. 8—900,000 Seelen, also auf ca. 30,100,000 Seelen vermehrt habe. Nun hat die Volkszählung nicht nur nicht mehr, sondern noch 105,143 weniger als 30 Mill. Seelen ergeben. Vermag das statistische Bureau dieselben nicht noch bei

der Schlussrechnung zu ermitteln, so wird man daher zur Einhaltung des verfassungsmäßigen Präsenzstandes auch die noch in Holstein überetatsmäßig eingestellten Mannschaften zu zwei Dritteln entlassen müssen. In demselben Verhältniß ermäßigend muß das Ergebnis der Volkszählung auf das Pauschquantum für den Militäretat zurückwirken. Dasselbe war unter Annahme von 30 Mill. Seelen pro 1868 auf 66,417,573 Thlr. bezifert. Dazu ist aber im Etatgesetz bemerkt: Diese Summe wird nach dem Resultat der im December 1867 stattfindenden Volkszählung anderweit festgestellt. Hier müssen also nachträglich noch

105,143 } X 225 Thlr. = 266,475 Thlr. ab-
100 } gesezt werden.

Die Matrikularbeiträge sind im Etat von 1868 sogar unter Annahme einer Bevölkerung von 30,051,922 Seelen umgelegt worden. — Der Großherzog von Weimar reist heute Nachmittag 1½ Uhr über Königsberg nach Petersburg. — Aus der Reihe derjenigen Second-Lieutenants des stehenden Heeres, welche während des Feldzuges von 1866 aus dem Unteroffiziersstande wegen hervorragender Auszeichnung vor dem Feinde zu ihrer Charge befördert wurden, hat jetzt wieder einer, Lieutenant Krause des 2. Garde-Regiments zu Fuß, es vorgezogen, mit Pension aus der Mitte seiner Kameraden zu scheiden. Die Zahl der noch in der Armee vorhandenen, so beförderten Offiziere beläuft sich gegenwärtig nur noch auf zusammen 14 bei den verschiedenen Waffen-

— 18. April. Die „Nordd. Allg. Btg.“ und die „Kreuztg.“ bezweifeln die Nachricht, daß Präsident Simson der Nachfolger des Tribunalsspräsidenten v. Sander werde

— Der Meininger Landtag hat die Regierung um Vorlage eines Wahlgesetzentwurfes nach den Grundsätzen des Reichstagswahlgesetzes ersucht. — Die Verwaltung der Bundeskriegsmarine beabsichtigt eine neue eiserne Panzerfregatte in Bau zu geben und hat für die Herstellung derselben die inländischen Maschinenbauanstalten ins Auge gefaßt, zu welchem Zweck, dem Vernehmen nach, bereits Einleitungen wegen Erlangung bezüglicher Ofserten getroffen sind. — Wie die Prov. Correspondenz mittheilt, wird eine größere Anzahl von Regierungs-Assessoren in den alten Provinzen und von Amts-Assessoren in Hannover in nächster Zeit zu Regierungsräthen ernannt werden. Die altpreußischen Assessoren werden mit dem Jahrgange 1859 abschließen. Durch die Erhöhung des bisher disponiblen Fonds für außeretatsmäßige Hilfsarbeiter bei den Regierungen (Regierungs-Assessoren) von 63,000 auf 90,000 Thlr. soll die Verbesserung der Gehälter dieser Beamten möglich geworden sein. Auch sollen fortan die Ernennungen zu Regierungsräthen nicht mehr davon abhängig gemacht werden, daß eine entsprechende Anzahl etatsmäßiger Stellen vacant geworden, es sollen vielmehr wieder, wie dies schon früher (1860) der Fall war, auch außeretatsmäßige Regierungsräthe mit 1000 Thlr. Gehalt eingeführt werden. — In Schleswig-Holstein wird, nachdem jüngst die Ernennung der Landräthe und Districtsbeamten erfolgt ist, nunmehr mit der Ausführung der Verordnung vom 22. September v. J. in Betreff der provinziellen und kreisständischen Verfassung vorgegangen werden. Für den Regierungsbezirk Wiesbaden ist ein Gleiches in Aussicht genommen. — Der Postvertrag zwischen der Schweiz und den Niederlanden ist unterzeichnet. — Den Theologen ist mit Rücksicht auf die, durch den Mangel an Predigt- und Priesteramts-Kandidaten entstehenden Verlegenheiten für die Kirchen-Verwaltung eine bedingte Befreiung von der Erfüllung der Militärschuld bis Ende nächsten Jahres gewährt. Die Studirenden und Kandidaten der evangelischen und katholischen Theologie werden bis zum 1. April des Kalenderjahres, in welchem sie das 26. Lebensjahr vollenden, von der Einstellung zum Militärdienste vorläufig zurückgestellt; demnächst werden die *pro licentia concionandi* geprüften und zum Predigen berechtigten evangelischen, bezüglich die katholischen Theologen, welche bis dahin die Subdiaconats-Weihe empfangen haben, gänzlich

von der Militärdienstpflicht befreit. Die evangelischen und katholischen Kandidaten, welche bezüglich jene Prüfung nicht bestanden, oder die Subdiaconatsweihe nicht empfangen haben, werden „nachträglich“ zur Erfüllung ihrer Militärdienstpflicht herangezogen.

Dresden, 18. April. Die erste Kammer beendigte heute die Berathung des Wahlgesetzes und nahm dasselbe mit 34 gegen eine Stimme an. Der Antrag Heinze's auf Einführung des allgemeinen Wahlrechts bei den Wahlen der Abg. wurde mit 31 gegen 7 Stimmen abgelehnt. Dagegen wurden die Bestimmungen des Gesetzes, nach welchem der Census für die Ausübung des passiven Wahlrechts mindestens einen Thaler, für die Ausübung des aktiven Wahlrechts mindestens zehn Thaler betragen soll, unverändert angenommen.

Oesterreich.

Wien, 16. April. Die Morgenblätter erwähnen eines Gerüchtes, dem zufolge Graf Mensdorff-Pouilly für den österreichischen Gesandtschaftsposten in Petersburg bestimmt wäre.

Innsbruck, 17. April. Die Brennerbahn zwischen hier und Matrei ist gestern durch einen Felssturz unfahrbbar geworden.

— Es ist jetzt das kriegsgerichtliche Urtheil gegen den FML Baron Koudela (Schwager des früheren Staatsministers Schmerling) bekannt geworden: derselbe ist danach wegen des Verbrechens des Betruges, nebst der Kassation, dem Verluste des Adels für seine Person, dem Verluste seiner Orden und des Militärdienstzeichens erster Klasse zur Strafe des fünfjährigen schweren Kerkers verurtheilt worden, welche letztere Strafe vom Kaiser im Wege der Gnade in vierjährigen einfachen Kerker gemildert worden.

— Das Unwetter hat am Oster-Sonnabend nicht blos in Wien sondern auch in allen Theilen des Reichs arg gehaust. Schneesturm und Telegraphenstörung erklären sich in der Provinz, besonders Böhmen, in Permanenz. Auf der Nordbahnenstrecke wurden am meisten Telegraphenstangen durch den Sturm umgeworfen, und erlitten auch die Züge die fühlbarsten Störungen. In der Salzburger Gegend und Tirol bis zur italienischen Grenze gab es einen zweitägigen Schneefall.

— Das Subcomité des Budgetausschusses des Reichsraths hat den Antrag des Berichterstatters Skene auf Ablehnung der Vermögenssteuer angenommen. — Der ital. Gesandte, March. Pepoli, überreichte gestern in Ofen dem Kaiser sein Beglaubigungsschreiben.

Pest, 17. April. Heute wurde der Prozeß gegen den Redakteur Messaros wegen Ehrenbeleidigung des Reichskriegsministers FML Kubn vor dem Schwurgericht verhandelt. Der Angeklagte wurde zu einjährigem Kerker und 400 Gulden Geldstrafe verurtheilt.

Italien.

Florenz, 18. April. Das diplom. Korps und die Minister sind nach Turin abgereist. Prinz Napoleon wird daselbst heute, der Kronprinz von Preußen morgen erwartet.

Die Unruhen in Bologna sind beschwichtigt. — Im Ganzen haben 160 Verhaftungen stattgefunden. In der heutigen Sitzung der Dep. Kammer legte der Fin. Min. den Anhang zum Kriegs- und Marinebudget von 1869 vor, beide Budgets sind um 25 Millionen Francs reduziert. Der Fin. Min. veranschlagte in Folge der einzuführenden Reformen die Totalsumme der Mehreinnahmen auf 186 Mill. Das Defizit würde hiernach auf 45 Millionen reduziert.

Großbritannien.

London, 16. April. Nach einer Depesche Sir R. Napier's vom 23. März ist die Expeditions-Armee in Abessinien beständig im Vorrücken, und sollte am 21. März von Lot (60 englische Meilen von Magdala) abmarschieren, der Vortrab ist 20 Meilen voraus. König Theodor steht bei Magdala, seine Absichten sind unbekannt.

— Heute rückt endlich auch die „Times“ mit ihrer Meinung über das heraus, was die liberale Partei in der bevorstehenden irischen Debatte dem

Ministerium gegenüber thun könne und müsse. Das Endresultat ihres Raisonnements läuft auf den längst von uns hervorgehobenen Punkt hinaus, daß es am gerathensten sei, das jetzige Kabinet bis zu den nächsten Wahlen im Amte sitzen zu lassen und sich vorerst mit dem prinzipiellen Beschlüsse gegen den weiteren Fortbestand der irischen Staatskirche zu begnügen.

London. Das Stimmrecht der Frauen war die Forderung, welche Professor Fawcett in diesen Tagen bei einem der jetzt zahlreich zu London gehaltenen Meetings zur politischen Erziehung des Volkes aufstellte und verfocht. In einem langen Vortrage verbreitete sich der Redner zunächst über die herrschenden Vorurtheile, als ob das Weib geringer begabt sei als der Mann, und führte die als Beweismittel angezogenen Erscheinungen auf die unwohlhafte Position des weiblichen Geschlechtes in Bezug auf Erziehung und Bildungsmittel zurück. Bunt großen Theile seien diese Uebelstände aus dem Herkommen hervorgegangen, das man nicht leicht beherrschen könne, zum Theile aber auch aus den Gesetzen, die man indessen modifizieren könne. Aufgabe des Gesetzgebers sei es, durch das Gesetz auch indirekt auf öffentliche Meinung wie Brauch und Sitte einzuwirken. Man gebe deshalb den Weibern eine gründliche Bildung, man gebe ihnen politische Macht, und ihre Intelligenz, die sich jetzt schon bei gleichen Prüfungen mit Senaben oft zum Vortheile der Mädchen zeigt, werde sich entwickeln durch das Interesse für die Angelegenheiten des ganzen Reiches.

Dublin, 16. April. Der Vice-Stathalter der Grafschaft Westmeath ist ermordet. Nähere Nachrichten fehlen augenblicklich noch. — Man hofft, daß der Aufenthalt des Prinzen v. Wales, welcher allseitig mit großer Befriedigung aufgenommen wurde, einen sehr beruhigenden Einfluß auf die erregte Stimmung im Lande ausüben wird. — Die „Kön. Btg.“ veröffentlicht einen Artikel von Dr. G. Schweinfurth, welcher die Unmöglichkeit eines Erfolges bei der abyssinischen Expedition darlegt. Zu einer offenen Feldschlacht werde es König Theodor nicht kommen lassen, Magdala in einem Handstreich zu nehmen, sei aber unmöglich. Gegen die Felswände dieser „Riesenfestung“ nehmen sich Königstein und Ehrenbreitstein wie ein kleines Festungsgemauer aus. Es werde also eine langwierige Belagerung stattfinden müssen, vor deren Beendigung die Regenzeit eintreten werde. (Warten wir es ab — sagt die „B. Z.“)

Rußland und Polen.

St. Petersburg, 16. April. Die aus Mitgliedern des Reichsraths bestehende Tariffcommission hat unter Beteiligung des Großfürsten Thronfolgers die von der früheren Commission ausgearbeiteten Tariffsätze ohne Abänderung genehmigt.

Türkei und Griechenland.

Konstantinopel, 18. April. Die Erzherzöge Rainer, Ferdinand und Ernst, der Graf v. Chamord, und die Herzöge von Parma und Modena sind hier eingetroffen.

Bukarest, 19. April. Auf Veranlassung des österr. Generalkonsuls in Jassy sind die Konsuln der fremden Mächte daselbst zusammengetreten, um auf Grund authentischer Nachrichten zu konstatiren, daß in Baku Judenverfolgungen stattgefunden haben und daß die anderweitigen Meldungen der moskauischen Behörden unrichtig sind.

Belgrad, 18. April. Die serbische Regierung hat den Bau einer türkischen Moschee in Belgrad für die ansässigen und auf der Reise sich hier aufhaltenden Muselmanen angeordnet. Das Journal „Bidovdan“ hebt hervor, daß sich der Schutz der Gewissensfreiheit in Serbien in ausgedehntestem Maße kundgebe, und wünscht, daß eine gleiche Toleranz überall geübt werden möge.

Provinzielles.

Elbing. Der Kreisphysicus Blank in Berent ist in gleicher Eigenschaft nach Elbing versetzt.

Ostpreußen. Über den Misserfolg der aus Ostpreußen in Sachen des Notstandes jüngst in Berlin

eingetroffenen Deputation berichtet man der „Br. M.-Btg.“: Die beiden Abgesandten der Provinz Preußen (der vom Provinzial-Landtag erwählten Notstands-Commission) General-Landschafts-Direktor Bolz für den Regierungsbezirk Königsberg und Abgeordneter v. Saucken-Tarpuschen für den Regierungsbezirk Gumbinnen sind unverrichteter Sache wieder in ihre Heimath zurückgekehrt. Ihre Reise betraf die Summe der zur Beschaffung von Saatfrüchten für die Feldbestellung erforderlichen Vorschüsse. Laut den von der Provinzial-Commission geprüften, resp. berichtigten Ueberschlägen der Kreis-Commissionen bedarf die Provinz 3,540,000 Thaler Vorschuß zu diesem Zweck, wovon 3,200,000 Thaler auf die kleineren und 340,000 Thlr. auf die größeren Grundbesitzer zu rechnen sind. Der Finanzminister hat nun zwar die 3 Millionen Thlr. Schatzanweisungen, zu deren Ausgabe ihn das Notstandsgezetz vom 3. März d. J. ermächtigte, bereits verfüllert, will aber gleichwohl nur 2,500,000 Thaler Vorschuß zur Beschaffung von Saatfrüchten gewähren. Den Abgesandten der Provinz Preußen gegenüber behauptete Dr. v. d. Heydt, daß ein Mehreres nicht erforderlich sei, wenn auch die dortigen Behörden übereinstimmend das Gegenteil behaupteten. Dazu komme eine bedenkliche Ebbe in der General-Staatskasse; der Ertrag der indirekten Steuern und der Staats-Industrie bleibe in bedenklichem Maße hinter den Erwartungen zurück. Für die Wahrheit des letzteren spricht allerdings einigermaßen der Umstand, daß auch die Einnahmen des Zollvereins (welche in den drei ersten Quartalen 1867 diejenigen von 1866 um 2½ Mill. Thaler überstiegen) im 4. Quartal 1867 trotz der in Speculation auf die Steuerprojekte steigenden Tabaks-einfuhr hinter dem Vorjahr zurückgeblieben sind. Schließlich erklärte Herr v. d. Heydt sich bereit, einzelnen Kreisen höhere Summen, als der entsprechende Anteil von 2½ Millionen Thlr. betrage, zu bewilligen, wenn sie ihm das Bedürfniß dazu speziell nachzuweisen im Stande wären. Man entgegnete ihm hierauf, daß bei dem schleppenden Geschäftsgange der Bureaucratie diese Hilfe für die Saatbeschaffung viel zu spät kommen werde. Auch eine Deputation des Hilfsvereins für Ostpreußen an den Finanz-Minister, die Herren v. Patow und Frhr. v. Hoverbeck an der Spitze, hatte keinen besseren Erfolg. Die Abgesandten der Provinz beabsichtigten darauf, sich an den König direct zu wenden, unterließen dies aber, nachdem ihnen der Kronprinz die Fruchtlosigkeit einer solchen Audienz versichert hatte.

Einer amtlichen Zusammenstellung zufolge sind seit Ausbruch der Typhusepidemie in den 16 Kreisen des Regierungs-Bezirks Gumbinnen bis jetzt 3950 Personen von der Krankheit befallen worden. Davon sind 459 gestorben, 2701 genesen und 795 befinden sich noch in Behandlung. Am stärksten heimgesucht wurde der Kreis Lözen, in dem 1307 Erkrankungen und 145 Todesfälle am Typhus vorkamen, dann der Kreis Johannisburg mit 547 Erkrankungen und 84 Todesfällen, gar nicht der Kreis Hennegau, aus dem kein Fall bekannt geworden ist. Aus den Zahlen, die, wenn sie auch nicht erschöpfend sein mögen, doch das Verhältniß der Erkrankungen zu den Sterbefällen gewiß annähernd richtig darlegen, ergibt sich mindestens die beruhigende Thatssache, daß der Typhus in Ostpreußen in sehr leichter Form auftritt.

Lüslit. In Folge eines freudigen Familieneigisses beschenkte ein hiesiger Kaufmann seine Gattin mit einem Hunderthalerschein. Nach einigen Stunden wurde der Schein vermist und längere Zeit danach vergebens gesucht. Endlich fand man ihn im Besitz des Hundes, welcher sich bemühte, den Schein klein zu machen, was ihm auch theilweise gelungen, glücklicherweise aber doch so, daß die Nummern unversehrt geblieben und der Schaden auszubessern war.

Lokales.

Commerzielles. Dem Herrn Handelsminister zeigte die Handelskammer im October v. J. an, daß nach einer vom russischen Gouvernement im v. J. erlassenen Verfügung auf den russisch-polnischen Grenz-Zoll-Aemtern, so z. B. in Alexandrowo und

Dobrzyn, nach Russland und Polen zum Export von Getreide und Wolle eingeführte Säcke, gleichviel ob neu oder gebraucht, auch ohne Rücksicht darauf, ob sie mit Getreide oder Wolle gefüllt aus Polen, resp. Russland ausgeführt würden, verzollt werden müssen. Bis zum Erlaß dieser Verfügung zahlten gebrauchte Säcke keinen Zoll, der nach derselben auf die Höhe des Zolls, welcher von neuer Leimwand erhoben wird, normirt ist. Hierdurch erwuchs dem diesseitigen Getreide- und Wollhandel mit Polen eine erhebliche Belastung, da z. B. der Zoll für einen Wollsack 1 Rbl. 20 Kopek bis 1 Rbl. 32 Kopek beträgt und mithin den Werth des Sackes übersteigt.

Mit Rücksicht hierauf bat den Herrn Handels-Minister die Handelskammer, dahin zu wirken, daß der Zoll wieder aufgehoben, event. den diesseitigen Geschäftsleuten wieder gestattet werde, die eingeführten Säcke abstempeln zu lassen und den Zoll dafür zu depouiren, um denselben beim Export der abgestempelten Säcke wieder zurückzuhalten.

Da die Zeit der Wollschur in der Nähe ist, so erbat sich die Handelskammer Anfangs dieses Monats einen Bescheid in dieser Angelegenheit und erhielt unter dem 15. d. M. die Antwort, daß aus Anlaß ihres Berichts vom 7. October v. J. die Kaiserlich Russische Regierung auf diplomatischem Wege darum angegangen worden ist, wenigstens den Zoll für eingeführte Säcke, welche unter Nachweis der Identität wieder ausgeführt werden, restituieren zu lassen, die Verhandlungen jedoch noch nicht zum Abschluß gelangt sind."

Wieder ein eclatanter Fall, wie wenig die Russische Regierung geneigt ist, selbst den gerecht fertigsten und billigsten Ansprüchen des Grenzverkehrs möglichst schnell entgegenzukommen.

Handwerkerverein. Auf Ersuchen wird Herr Dr. Brohm über den dem Reichstage vorliegenden Entwurf über die Gewerbeordnung am Donnerstag, den 23. d., — also über eine jedem Gewerbetreibenden sehr nahe angehende Angelegenheit Vortrag halten.

Pius-Verein hatte am Sonntag, den 19. d., Abends im Schützenhaus-Saal eine Versammlung, um seinen Dank dem Vorsitzenden seines Vorstandes, Herrn Vicar Dr. Borrasch, welcher, wie schon mitgetheilt, als Religionslehrer an das Gymnasium zu Culin versetzt worden ist, für die Wirksamkeit desselben im Vereine fundzugeben.

Rechtspslege. Im Bereich des Appellations-Gerichts Marienwerder waren im Jahre 1867 vor den Schiedsmännern überhaupt anhängig 17,187 Sachen; davon sind beendet durch Vergleich 7366, durch Zurücktreten der Parteien 2314, durch Ueberweisung an den Richter 7352 Sachen. Am Schlusse des Jahres 1867 blieben anhängig 155 Sachen. Durch erfolgreiche Thätigkeit haben sich als Schiedsmänner besonders ausgezeichnet: 1) der Bürgermeister Rosenhagen in Culmsee, 2) der Freischulze v. Rokowski in Welle II, 3) der Beitzer Medelin in Kossabude, 4) der Oberförster Großkreuz in Dobrin, 5) der pen. Gendarm Schmidt in Camin, 6) der Polizeiverwalter v. Plata in Borzykowo, 7) der Gutsbesitzer Nutz in Osseniza, 8) der Gastwirth Feil in Prechow, 9) der Kaufmann L. Hesselbein in Thorn, 10) der Schulze Kozłowski in Zellen, 11) der Buchdruckereibesitzer Lohde in Culm, 12) der Maler und Stadtverordnete Kuschiy in Culm, was das Appellations-Gericht belobend anerkennt.

Industrie, Handel und Geschäftsverkehr.

Die Direction der preußischen National-Versicherungs-Gesellschaft zu Stettin hat mit Rücksicht auf die vielen Brände, die durch die in neuerer Zeit mehr und mehr in Anwendung gekommene Petroleumbeleuchtung in den Wirtschaftsräumen der ländlichen Besitzungen erfahrungsmäßig herbeigeführt worden, bei dem Minister des Inneren darauf angegraten, für den ganzen Umfang der preußischen Monarchie, wie dies bereits Seitens der Königlichen Regierungen zu Köln und Münster für deren Bezirke geschehen ist, den Gebrauch der Petroleumbeleuchtung in den vorgedachten Wirtschaftsräumen, namentlich in Scheunen, Ställen und Futterböden, bei Strafe zu untersagen. Der Minister hat denn auch durch Circularerlaß den Regierungen empfohlen, das Bedürfniß zu ähnlichen Polizeiverordnungen für ihren Bezirk zu äußern, in Erwägung zu nehmen und eventuell mit dem Erlaß derselben vorzugehen.

Telegraphischer Börsen-Bericht.

Berlin, den 17. April cr.

Fonds:	still
Russ. Banknoten	84
Warschau 8 Tage	83 ⁷ / ₈
Poln. Pfandbriefe 4%	62 ¹ / ₂
Westpreuß. do. 4%	82
Posener do. neue 4%	85 ¹ / ₂
Amerikaner	76 ¹ / ₄
Oesterr. Banknoten	87 ³ / ₈
Italiener	47 ¹ / ₄

Weizen:	
Frühjahr	92 ¹ / ₄
Rogggen:	schwankend.
loco	71
Frühjahr	70 ¹ / ₄
Herbst	58
Nübel:	
loco	10 ¹ / ₄
Herbst	10 ¹ / ₂
Spiritus:	
loco	niedriger
Frühjahr	20
Herbst	20 ¹ / ₂₄
	19 ⁷ / ₈

Getreide- und Geldmarkt.

Thorn, den 19. April. Russische oder polnische Banknoten 84—84¹/₄, gleich 119—118²/₃

Thorn, den 19. April.

Weizen 115—121 pfd. holl. 86—90 Thlr., 121—126 pfd. holl. 96—102 Thlr., 122—126 pfd. 92—96 Thlr. per 127—130 pfd.; 98—102 Thlr. per 225 pfd. feinste Qualität 2 Thlr. über Notiz.

Rogggen 112—116 pfd. 64—67 Thlr., 117—121 pfd. 68—70 Thlr. per 2000 pfd.

Erbse, Futterwaare 60—62 Thlr., gute Kocherbse 64—68 Thlr. per 2250 pfd.

Gerste, Hafer ohne Zufuhr.

Danzig, den 18 April. Bahnpreise.

Weizen bunt, hellbunt, hochbunt und feinglasig 115—132 pfd. von 95—135 Sgr. pr. 85 pfd.

Rogggen 114—121 pfd. von 87—91 Sgr. pr. 81¹/₂ pfd.

Gerste, kleine 104—110 pfd. von 67—72¹/₂ Sgr. pr. 72 pfd. do große 108—114 pfd. 68—73¹/₂ Sgr. 72 pfd.

Erbse Butter- 80—92¹/₂ Sgr. pr. Kochwaare pr. 90 pfd.

Hafer 46—50 Sgr. pr. 50 pfd.

Spiritus nichts gehandelt,

Stettin, den 18. April.

Weizen loco 98—107, Frühj. 105.

Rogggen loco 71—75, Frühj. 73¹/₄ Mai-Juni 72.

Nübel loco 101¹/₂, April-Mai 101¹/₂. Br.

Spiritus loco 20¹/₂ Frühj. 20¹/₂, Mai-Juni 20⁵/₁₂.

Amtliche Tagesnotizen.

Den 19. April. Temp. Wärme 6 Grad. Luftdruck 27 Zoll 11 Strich. Wasserstand 11 Fuß — Zoll.

Den 20. April. Temp. Wärme 6 Grad. Luftdruck 28 Zoll — Strich. Wasserstand 10 Fuß 6 Zoll.

Laut telegraphischer Meldung:

Wasserstand Gefrierg. 8 Fuß 10 Zoll.

Warschau, 18. April. Wasserstand heutiger 9 Fuß 5 Zoll.

Brust- und Lungenleiden.

Herrn Hoflieferanten Johann Hoff in Berlin, Neue Wilhelmsstr. 1.

Großgötzitz bei Zwettl, den 11. Januar 1868. „Ihr schon vielmals mit gutem Erfolge gebrauchtes Malzextrakt-Gesundheitsbier will ich bei einem, gegenwärtig in meiner ärztlichen Behandlung sich befindenden Brustfranken anwenden.“ (Bestellung.)

Dr. Kirchmeyer, pract. Arzt. Wien, Alser-vorstadt, Mariannengasse 30. „Im vorigen Winter dankte ich Ihrem Malzextrakt meine Rettung bei meinem Lungenleiden ic. (erneuertes Verlangen). Magdalene Lind.

— Fielstrup, 28. Februar 1868. „Ich bitte, mir von Ihrer vortrefflichen Malz-Chokolade ic. zu senden. Wir haben längere Zeit von Ihren heilsamen Malzpräparaten gebraucht, doch fürchten wir Täuschung und wenden uns direkt an Sie.

Pastor Makin in Fielstrup (Schleswig).

Vor Fälschung wird gewarnt!

Bon sämtlichen weltberühmten Johann Hoff'schen Malz-Fabrikaten halte ich stets Lager. R. Werner in Thorn.

Stettiner Crystall-Koch-Salz,

grob und fein gemahlen,

à Sack 100 Zollpfund Netto	2 Thlr. 25 Sgr. — Pf.
à " 125 do. do.	3 " 15 " — "
à " 150 do. do.	4 " 6 " — "
à " 200 do. Gewerbesalz	1 " 20 " — "
à " 200 do. Viehsalz	1 " 12 " 6 "

Englisches Kochsalz,

grobes,

à Sack 125 Zollpfund Netto	3 Thlr. 12 Sgr. 6 Pf.
à " 125 do. Viehsalz	1 " — " — "
à " 175 do. do.	1 " 10 " — "

verkauft

Carl Mallon,

Altstädtischer Markt No. 302.

Ordentliche Stadtverordneten-Sitzung
Mittwoch, den 22. d. Mts., Nachm. 3 Uhr.

Lagesordnung: 1. Antwort des Magistrats, betreffend den Etat des Artusstifts p. 1868/71; — 2. Antwort des Magistrats auf die Monita zur Artusstifts-Rechnung p. 1865; — 3. Vicitations-Berhandlung, betreffend die Instandhaltung der Rathaus-Dächer p. 1868/73; — 4. Antrag des Magistrats auf Niederschlagung von Kirkosten; — 5. Betriebs-Bericht der Gasanstalt p. Januar 1868; — 6. Antwort des Magistrats, betreffend die Absetzung der Arzt- und Krankenwärter-Kosten für p. p. Obracane; — 7. Antwort des Magistrats, betreffend die Lieferung von Bekleidungs-Gegenständen nach Auswahl der Armenhaus-Berwaltung-Deputation; — 8. Antwort des Magistrats, betreffend die Verpachtung der Fischerei in den Weichselläden; — 9. Rechnung der Termins-Straf-Kasse p. 1867.

Thorn, den 17. April 1868.

Der Vorsteher Kroll.

Bum Besten der nothleidenden Ostpreußen

beabsichtige ich in der Aula der höheren Töchterschule drei Vorlesungen folgenden Inhalts zu halten:

1. Das Volkslied des deutschen Mittelalters.
2. Der poetische Humor und seine neuesten Vertreter.
3. Ferdinand Freiligrath und die soziale Dichtung.

Eintrittskarten à 15 Sgr. für drei, à 7½ Sgr. für eine Vorlesung, à 10 Sgr. für eine Vorlesung an der Abendkasse, sowie Gymnasiastenkarten à 10 Sgr. für drei, à 5 Sgr. für eine Vorlesung, sind in den Buchhandlungen der Herren Lambeck und Wallis zu haben. Die erste dieser Vorlesungen findet Mittwoch, den 22. April, Abends 8 Uhr, statt.

Dr. Franz Hirsch.

Für Thorn und Umgegend haben wir den Alleinverkauf unserer Cigarretten den Herren L. Dammann & Kordes in Thorn, übertragen.

Hamburg, 1868.

v. d. Porten & Co.

Wir empfehlen diese Cigarretten, zu welchen aus Tabakblättern bereitetes Papier verwendet ist, und offerieren gleichzeitig aus unserm reichhaltigen Lager abgelagerte Cigarren und gute Tabake zu den verschiedensten Preisen.

L. Dammann & Kordes.

Der
große Ausverkauf
bei wiederum ermäßigten Preisen wird fortgesetzt.
W. Danziger.

Die früheren Schüler des Gymnasiums laden zu einer Versammlung auf Dienstag, den 21. d. M., Abends 8 Uhr, im Saale des Schützenhauses, behufs Rechnungslegung und Mahl von 5 Curatoren für die Stiftung ergebenst ein
das Schüler-Comité für die Säcularfeier.

In meiner Anstalt werden Strohhüte jeder Art gewaschen, gefärbt und modernisiert, à Stück 7½ Sgr. Gerechtestraße 127.

J. Schemann.

Als Bau- und Möbeltischler empfiehlt sich F. Peplowski.

Wohnhaft in der Culmerstraße No. 309, „Goldsene Sonne“.

Als Schneiderin empfiehlt sich E. Peplowska.

Wohnhaft in der Culmerstraße No. 309.

Die Stelle eines Lehrlings ist bei mir vacant.
Rudolf Asch.

Die Stelle eines Lehrlings ist vacant bei Julius Rosenthal.

Eine ältere alleinstehende Dame, die an Thätigkeit gewöhnt ist, wünscht unter bescheidenen Ansprüchen zur Führung einer Wirtschaft einen Wirkungskreis in der Stadt oder auf dem Lande ein Engagement. Gefällige Adressen erbittet man unter der Chiffre H. B. poste restante Unislaw.

Rogis und Beköstigung billig im Gasthause zur „Stadt Warschau.“

1 Dung-Grube zu verpachten Gasthaus „Stadt Warschau“.

3 möbl. Zimmer zu verm. Araberstraße 126.
Die vormalss Junysche Schlosserwerkstatt
nebst Wohnung ist vom 1. Juli zu vermieten bei Wittwe Marie Juny.

Möblirte Zimmer vermietet H. Liedtke,
Elisabethstraße 89/90.

1 möbl. Boderstube zu vermieten Elisabeth-

straße No. 89/90.
Eine möblirte Stube, auch mit Cabinet wird von 1. Mai 20. zu mieten gesucht. Ofserten abzugeben bei A. Mazurkiewicz.

Sing-Verein.

Dienstag, den 21. d. M., vorletzte Gesamt-Uebung zum „Elias“ am Clavier. Um zahlreichen Besuch, insbesondere der Herren Sänger wird dringend gebeten, da die Aufführung am 2. Mai stattfinden soll.

Der Vorstand.

Verein junger Kaufleute.

Heute Abend 8 Uhr Versammlung im Schützenhause.

Besprechung wichtiger Angelegenheiten.
Um zahlreiches Erscheinen wird gebeten.

Der Vorstand.

 Eine goldene Brosche mit einer Koralle ist Sonntag Vormittag auf dem Wege aus der altstädt. evangel. Kirche bis zur Brückenstraße verloren worden.

Es wird gebeten, dieselbe gegen Belohnung beim Kaufmann Adolph Raatz abzugeben.

Allen Denen, welche am 18. d. M. bei der Beerdigung meiner Frau gegenwärtig waren und mir wie meinen Kindern ihre herzliche Theilnahme gezeigt, sage ich hiermit meinen tiefgefühlt Dank.

Kl. Moller, den 20. April 1868.

W. Holm.